

II- 976 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 15. Juni 1972

No. 540/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Stix, Meißl und Genossen
an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft
betreffend Engpaß in der Rindfleischversorgung.

Wie aus verschiedenen Zeitungsmeldungen hervorgeht, ist die Versorgung des Inlandsmarktes mit Rindfleisch in einen so kritischen Engpaß geraten, daß nur von massiven Importen - die noch dazu mit großer Verspätung veranlaßt wurden und mit einer erheblichen Verteuerung verbunden sind - eine Abhilfe erwartet werden kann.

Da im Wege des Viehverkehrsfonds ein spezielles Marktlordnungsregime besteht, erscheint die Annahme begründet, daß hier eine fehlerhafte bzw. schwerfällig reagierende Marktsteuerung sichtbar wird. Die "Gewährleistung einer ausreichenden Versorgung mit den im § 37 genannten Waren" ist der eindeutige Gesetzesauftrag an den Viehverkehrsfonds.

Der heute empfindlich spürbare Engpaß in der Rindfleischversorgung hat sich für Fachleute seit langem erkennbar angebahnt. Diese Entwicklung hätte es zwingend erfordert, die inländische Agrarproduktion auf ein gesteigertes Angebot an Schlechtrindern auszurichten. Damit wäre nicht nur die gegenwärtige Mangellage vermieden worden, sondern es wäre der Landwirtschaft eine große Marktchance und damit eine Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Ertragslage eröffnet worden. Dies umso mehr, als die Knappheit bei Rind- und Kalbfleisch unter anderem im gesamten EWG-Raum sich immer mehr als strukturell herausstellt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft die

A n f r a g e :

1. Treffen die bekanntgewordenen Darstellungen der kritischen Marktversorgung mit Rindfleisch zu?

./.

- 2 -

2. Wenn ja, warum wurden seitens des Viehverkehrsfonds bzw. des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft nicht rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen im Sinne planender Voraussicht ergriffen?
3. Was werden Sie veranlassen, um ein so offenkundiges Versagen in der landwirtschaftlichen Produktionsplanung in Zukunft zu vermeiden?

Wien, 15. Juni 72